



»Realschule. Nicht nur im Süden unverzichtbar«

TEXT Alexander Georg | FOTOS Moritz Reulein

5. Süddeutscher Realschultag

Die Realschule als Grundlage für die duale Berufsausbildung und ihr Platz in der Bildungslandschaft vor allem in Baden-Württemberg waren die großen Themen des Süddeutschen Realschultags in Ulm. Wie in den Jahren zuvor zeigte sich die Industrie- und Handelskammer Ulm als hervorragender Gastgeber der Veranstaltung unter dem Titel: »Realschule. Nicht nur im Süden unverzichtbar«.

In ihrer Begrüßung stellte Martina Doleghs als Mitglied der Geschäftsleitung der IHK Ulm die Realschule als idealen Partner für die duale Ausbildung und »ergiebigste Quelle für den Mittelstand« dar. »Durch die

Corona-Pandemie wurden berufliche Ausbildung und Weiterbildung in nicht gekannter Weise getroffen. Der Rückgang ist zwar gestoppt, aber noch nicht aufgeholt«, fasste Doleghs die aktuelle Herausforderung zusammen. »Die Unternehmen stehen zu ihrer Verantwortung und bieten Ausbildungsplätze an.« Mit Blick auf die Stellung der Realschule in Baden-Württemberg hob sie das Ansehen bei Eltern und Unternehmen hervor. Trotzdem sei der Druck aber hoch, obwohl die Realschule die günstigste Schulart sei. Die Belastungsgrenzen der Lehrkräfte seien durch die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft erreicht.

Aspekte zum Übergang Schule – Beruf

Mit dem Prozess der Berufswahl setzte sich der Vortrag von Dr. Thomas Frank, Leiter der Stabsstelle Bildung bei der IHK Ulm, auseinander. Am wichtigsten sei, dass Jugendliche den Berufswahlprozess selbst gestalten. Lehrkräfte müssten wissen, ob der Jugendliche entschieden sei, keinen Plan habe, auf der Suche sei oder schon die Vorstellungen des Umfelds übernommen habe. Zwar entwickelten Jugendliche ein Berufskonzept, doch besitze dies keine große Tiefe. Eingengt werde die Berufswahl durch eine Toleranzgrenze, die Schablonen der Eltern, die mindestens zwei Jahrzehnte zurücklägen,

»Die Realschule ist der ideale Partner für die duale Ausbildung und die ergiebigste Quelle für den Mittelstand.«

Martina Doleghs,
Mitglied der Geschäftsleitung der IHK Ulm

oder sozial untypische Berufe. Erschwerend komme hinzu, dass Medien ein falsches Bild der Berufe zeichnen. Berufsrankings zeigen erstaunliche Ergebnisse. »Das Ansehen der Bäcker ist riesig, aber sie finden keinen Nachwuchs«, griff Frank ein Beispiel heraus. Um Jugendliche zu gewinnen, müssten die Ausbildungsbetriebe die Lebenswelten der Jugendlichen berücksichtigen und ihnen etwas bieten. Aber auch den Lehrkräften fielen wichtige Aufgaben zu: »Ein Praktikum muss

»Um Jugendliche zu gewinnen, müssen die Ausbildungsbetriebe die Lebenswelten der Jugendlichen berücksichtigen und ihnen etwas bieten.«



Dr. Thomas Frank,
Referent Bildungspolitik, IHK Ulm

vor- und nachbereitet werden. Auch die Eltern müssen mitgenommen werden, sonst verpuffen die Maßnahmen«, erklärte Frank. Problematisch sei auch die Fokussierung auf den einen Wunschberuf, besser sei ein Spektrum an Berufen. Lehrkräfte sollten mit den Schülern »Meilensteine setzen«. So müsse früh mit der Suche eines Ausbildungsplatzes begonnen werden, um nicht die am Schluss unbesetzten Ausbildungsstellen zu erhalten.

Schlechtere Arbeitsbedingungen aus ideologischen Gründen

Als Hauptrednerin des Vormittags trat die baden-württembergische Kultusministerin Theresa Schopper ans Mikrofon, die als ehemalige bayerische Landtagsabgeordnete beide Bundesländer bestens kennt. Vor dieser Rede beschrieb die Vorsitzende des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg (RLV-BW) Dr. Karin Broszat, die Lage in eindringlichen Worten. Die Arbeitsbedingun-

»Die Arbeitsbedingungen haben sich aus ideologischen Gründen verschlechtert. In Baden-Württemberg brennt es und es ist nicht mit Umstrukturierungen getan.«



Dr. Karin Broszat

gen hätten sich aus ideologischen Gründen verschlechtert, worunter auch Schüler und Eltern litten. »Es ist eine Grenze erreicht. Wir wissen, was wir bräuchten, aber keiner tut es. Studien zur Durchlässigkeit und Leistung des gegliederten Schulwesens gibt es zuhauf und wir fordern, dass daraus Schlüsse gezogen werden. In Baden-Württemberg brennt es und es ist nicht mit Umstrukturierungen getan.«

Als Folge der Politik sei Baden-Württemberg bei Bildungsvergleichen ins Mittelfeld abgerutscht. »Die Realschule ist die Schulart, mit der wir den Fachkräftemangel lösen können. Außerdem ist das Vertrauen in die Realschulbildung immer noch hoch. Das haben wir den Eltern und Lehrkräften zu verdanken«, forderte Broszat die Kultusministerin auf, hinzuschauen, »was in der Bevölkerung gewollt ist.« Auch die Abschaffung der Hauptschule sah Broszat negativ. »Bei uns verschwinden die Hauptschulen. Aber unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten. Es verschwindet damit eine

»Die Realschule ist leistungsstark und bewährt, was positive Rückmeldungen von Eltern, Schülern und der Wirtschaft bestätigen.«



Theresa Schopper,
Kultusministerin von Baden-Württemberg

Schulart, die Kinder mit einem anderen Lernweg aufnimmt.«

Schopper verteidigt Einführung der Gemeinschaftsschule

Schopper bezeichnete den Süddeutschen Realschultag als wichtigen Termin. »Ich weiß, dass das Verhältnis des Realschullehrerverbands zur Politik nicht spannungsfrei ist. Ich will mich da nicht wegducken. Wir haben unterschiedliche Einschätzungen«, stellte Schopper klar. Die Ministerin dankte den Lehrkräften für das Engagement und brachte ihre Freude über eine Impfquote von 95 Prozent unter den Kollegen und einen funktionierenden Präsenzunterricht zum Ausdruck. Auch für die Realschulen fand sie lobende Worte. Leistungsstark und bewährt sei diese, was positive Rückmeldungen von Eltern, Schülern und der Wirtschaft bestätigten.

Die Einführung der Gemeinschaftsschule vor zehn Jahren verteidigte Schopper. Schon in den Jahren zuvor habe es eine Abstimmung mit Füßen weg von der Hauptschule gegeben. »Die Eltern wollen das Bessere für ihre Kinder«, erklärte die Ministerin. Mit der Gemeinschaftsschule seien viele Schulstandorte gerettet worden. Mit der Aufhebung der Übertrittsbedingungen habe man Ungerechtigkeiten beseitigt, da von Ort zu Ort sehr unterschiedliche Quoten existierten. »Die verbindliche Grundschulempfehlung wird nicht wieder eingeführt«, erklärte Schopper.

Aus der Corona-Pandemie möchte Schopper mehrere Lehren ziehen. Schulleitungen sollten weiter entlastet werden. Verzerrt werde der Stand der Digitalisierung dargestellt. »Gerade durch Corona haben wir einen Schub nach vorne gemacht, da waren die Schulen gefordert. Wir verfolgen das genau und wissen das. Wir gehen auch nicht mehr in die Kreidezeit zurück. Die Errungenschaften wollen wir imprägnieren und schauen, wie wir Präsenz- und Digitallernen verbinden können.« Am Schluss fand Schopper noch einmal freundliche Worte für die Realschule. »Auch das Kultusministerium hält die Realschule für unverzichtbar.«



Dr. Karin Broszat (Vorsitzende des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg) und **Jürgen Böhm** (brlv- und VDR-Vorsitzender) bei der Begrüßung der Teilnehmer in der IHK Ulm

Die Realschule ist ein Qualitätspfeiler bei der Ausbildung von Fachkräften. Das dürfen wir uns nicht kaputt machen lassen.



Jürgen Böhm,
brlv- und VDR-Vorsitzender

Keine Integrierte Lehrerreserve in Baden-Württemberg

»Es werden gewisse Schulformen ungleich behandelt«, entgegnete Jürgen Böhm der Ministerin. Mehrere Fragen auch für die Koalitionsverhandlungen in Berlin, an denen Schopper teilnahm, gab Böhm der Ministerin mit: »Was mutet man den Kollegen vor Ort zu? Was ist schaffbar, was ist umsetzbar? Wie ist die Qualität erhaltbar?« Als »Qualitätspfeiler bei der Ausbildung von Fachkräften« bezeichnete der VDR-Bundesvorsitzende die Realschule. »Das dürfen wir uns nicht kaputt machen lassen. Die Industrie und Wirtschaft fragt nämlich: Wie stark ist die mittlere Bildung noch in diesem Land?« Zum Projekt Gemeinschaftsschule stellte Böhm unmissverständlich klar: »Da wird ein Etikett draufgeklebt. Die Menschen schauen genau hin, was da drinsteckt. Wir haben drei Abschlüsse in diesem Land: den Hauptschulab-

schluss, den Realschulabschluss und das Abitur.« Böhm bedauerte, dass in Baden-Württemberg im Haushalt keine Integrierte Lehrerreserve realisiert wurde.

Engagierte Podiumsdiskussion

Nach seinem Vortrag »Talentförderung an der Realschule« (*Das Buch wurde in der dbr bereits besprochen*) diskutierte Prof. Dr. Dr. Werner Wiater mit Karin Broszat und Jürgen Böhm zum Thema »Talente. Übergänge. Berufsorientierung. Was kann die Realschule leisten?«. Einig war sich die Runde unter der Moderation von VDR-Pressesprecherin Waltraud Eder, dass leistungsstarke Schüler zu fördern seien. Böhm bedauerte, dass durch Ideologie Fördermöglichkeiten zerstört würden und wünschte sich Talentförderung in der Fläche, was in Bayern auch durch die Integrierte Lehrerreserve geschehen könne. Broszat verwies auf Studien, die zeigten, dass die Leistungen seit Abschaffung der Grundschulempfehlung zurückgegangen seien. Die Nivellierung von Leistung in Baden-Württemberg sei ganz deutlich.

Auf eine Diskrepanz in der Gesellschaft machte Böhm aufmerksam: »Während Leistung in Musik und Sport akzeptiert wird, wird sie in der Bildung nivelliert. Das ist der falsche Weg.« Nur noch wenig Zeit zum Gegensteuern sah Broszat in Baden-Württemberg, da dort nun auch schon die Lehrerbildung vereinheitlicht werde. »Dabei sind Hauptschullehrer und Realschullehrer zwei völlig verschiedene Berufe.« Wie die Gemeinschaftsschule von der Politik gefördert



Prof. Dr. Dr. Werner Wiater brachte viele anschauliche Beispiele aus seinem Buch »Talentförderung an der Realschule«.

werde, machte Broszat an den »Vorzeigegemeinschaftsschulen Tübingen und Konstanz« klar. Dort sei eine Oberstufe eingeführt worden, obwohl die Schülerzahl nicht ausgereicht hätte.

Bildungsqualität leidet unter Strukturveränderungen

»Strukturveränderungen muss man benennen und auch, dass die Bildungsqualität darunter leidet«, forderte Böhm. »Man kann die Protagonisten namentlich benennen, die Strukturen sind immer die gleichen. Nordrhein-Westfalen war ein Spielplatz für Ideologen. In Schleswig-Holstein hat man die Hauptschule abgeschafft und erst Regionalschule und dann Gemeinschaftsschule genannt. Heute sagen 70 Prozent der Menschen, dass das ein Fehler war.« Die Verbündeten für eine starke Realschule seien in Wirtschaft und Mittelstand zu finden, so Böhm. ♦



Moderator Thorsten Schmalt vom Landesverband »Lehrer nrw« führte gekonnt und locker durch die Veranstaltung.



Diskutierten engagiert zum Thema: »Talente. Übergänge. Berufsorientierung. Was kann die Realschule leisten?« (v.l.): Waltraud Eder (VDR-Pressesprecherin), Prof. Dr. Dr. Werner Wiater (Universität Augsburg), Dr. Karin Broszat (RLV-BW-Vorsitzende) und Jürgen Böhm (brlv- und VDR-Vorsitzender)

3 Fragen an:

Jürgen Böhm

INTERVIEW Alexander Georg | FOTO Moritz Reulein

Herr Böhm, unter besonderen Bedingungen fand nun schon der 5. Süddeutsche Realschultag statt. Hätten Sie das beim Start 2013 gedacht?

Im Jahr 2013, in einer Phase des Versuchs, in Baden-Württemberg die Realschulen zu beseitigen, wurden wir noch etwas belächelt. Dass wir aber 2021 die fünfte Veranstaltung erleben durften, lag vor allem an den immer zukunftsweisenden Themen der vergangenen Jahre und der Stärke der Realschulen in beiden süddeutschen Ländern.

2013: Starke Realschulen – Starke Bildung – Starker Süden. Diese Botschaft verstärkte sich über die Jahre weiter.

2015: Realschüler – Die Fachkräfte der Zukunft. Als ob wir es gewusst hätten, denn die Industrie- und Handelskammer Bayern sagt für 2025 größte Lücken voraus.

2017: Starke Realschulen sichern Qualität und Zukunft. Daran haben beide Landesverbände immer gearbeitet und wir sehen einen großen Zuspruch in der Bevölkerung für die Realschule, den wir 2021 durch eine Studie belegen konnten.

2019: Perspektiven. Bayern. Baden-Württemberg – Realschüler gut aufgestellt. Heute ist es fast schon eine Binsenweisheit, dass die Realschüler überall als Fachkräfte der Zukunft gesehen werden.

2021: Realschule. Nicht nur im Süden unverzichtbar. Nehmen wir Schleswig-Holstein. Dort wurde die Realschule abgeschafft, hieß erst Regionalschule, dann Gemeinschaftsschule. Heute empfinden das 70 Prozent der Bevölkerung als katastrophal.

In Baden-Württemberg regiert eine von den Grünen geführte Landesregierung, welche die Gemeinschaftsschule vor zehn Jahren eingeführt und dann massiv ausgeweitet hat. Welche Lehren ziehen Sie aus den Erfahrungen dort?

Bundesweit gibt es fast 100 Schulbezeichnungen, aber nur drei Schulabschlüsse. Zu dieser Label-Politik gehört auch die Gemeinschaftsschule. Wenn wir uns gegen diesen Etikettenschwindel wenden, geht das nicht gegen die Kollegen, die dort arbeiten und versuchen, gute Arbeit zu leisten. Aber was sind eigentlich Gemeinschaftsschulen? Sind es verdeckte Hauptschulen, die sich Gemeinschaftsschulen nennen und dann die Qualität des Realschulabschlusses nicht hinbekommen. Man kann nicht einfach an Hauptschulen das Schild Gemeinschaftsschule hängen. Es geht letztendlich um Qualität.

Konkret müssen wir in Bayern darauf achten, dass die Fehler aus anderen Bundesländern nicht wiederholt werden. Bundesweit höre ich zunehmend von Unternehmern und Ausbildern, dass mittlerer Bildungsabschluss zwar draufsteht, aber nicht mehr die



Qualität widerspiegelt. Das darf uns nicht passieren. Hier muss der brlv wachsam sein und die Qualität des Bildungsgangs Realschule verteidigen. Wie die Politik bei der Demontage des differenzierten Schulsystems vorgeht, konnten wir in Baden-Württemberg und zuvor in Schleswig-Holstein beobachten. Vor 20 Jahren haben wir aus Bayern nach Baden-Württemberg geschaut und die Struktur der R6 von dort übernommen.

Welche Handlungsfelder ergeben sich für Sie nach dem Süddeutschen Realschultag 2021?

Wir müssen weiter darauf achten, dass Schulformen und differenzierte Bildungswege nicht ungleich behandelt und ausgestattet werden. Auch müssen wir darauf achten, welche Rahmenbedingungen den Kolleginnen und Kollegen vor Ort zugemutet werden. Das gilt für die Corona-Krise, aber auch für die Anforderungen, die darüber hinaus gestellt werden. Aber auch die Erhaltung der Qualität spielt für uns weiter eine große Rolle. Die Bekenntnisse der Politik zur beruflichen Bildung und zur Gleichwertigkeit mit der akademischen Bildung hören sich ja gut an, aber wir müssen die Politik an der Realität messen. Das gilt vor allem für die aktuellen Koalitionsverhandlungen im Bund. Ein klares Bekenntnis zur Realschule als Qualitätspfeiler zur Bildung von Fachkräften würden wir uns hier wünschen. Das dürfen wir uns bundesweit nicht kaputt machen lassen. Wirtschaft und Industrie fragen zu Recht: Wie stark ist denn mittlere Bildung noch in diesem Land?

Und hier kommen wir zum Thema Leistung und Leistungsansprüche in der Schule. Wir halten Leistung für gerecht und eines der wichtigsten Kriterien für Chancengerechtigkeit. Auch der Erhalt von verbindlichen Übertrittsbedingungen ist höchst gerecht, da damit keine falschen Wege eingeschlagen werden und Kindern Misserfolge und Scheitern erspart wird. ♦

3 Fragen an:

Martin Bendel

Erster Bürgermeister der Stadt Ulm

INTERVIEW Alexander Georg | FOTO Moritz Reulein

Herr Bendel, zum fünften Mal findet der Süddeutsche Realschultag in Ulm statt. Warum passt Ulm so gut als Standort?

Mit dem Süddeutschen Realschultag wird die viel beschworene und erfolgreiche Südachse mit ihren Gemeinsamkeiten auch in der Bildung gestärkt und herausgestellt. Ulm passt natürlich, da es zwischen Ulm und Neu-Ulm nur eine politische Grenze, die Napoleon zu verdanken ist, gibt, aber wir ein Lebensraum und ein Wirtschaftsraum sind. Die Donau ist keine Grenze, sondern das verbindende blaue Band. Dass das so ist, sieht man daran, dass wir gemeinsame Stadtwerke, eine gemeinsame Tourismusgesellschaft, einen gemeinsamen Stadtentwicklungsverband und das gemeinsame Donaubüro haben. Ulm passt also sehr gut für den Süddeutschen Realschultag.

Wie sehen die Herausforderungen der Bildungsstadt Ulm aus?

Wir sind Schulträger von 50 verschiedenen Schulen. In Baden-Württemberg haben wir das größte berufliche Schulzentrum. Für Stadtverwaltung und Gemeinderat ist Bildung ein ganz wichtiges Feld, wo es nicht nur darum geht, dass wir gute Infrastruktur bereitstellen, sondern dass wir auch einen Qualitätsanspruch an die Bildung haben. Eine gute und qualitätsvolle Bildung bildet die Grundlage dafür, dass wir wirtschaftsorientiert sind und bleiben. Qualitätsvolle Bildung ist für uns ein Erfolgsfaktor.

Deshalb möchte ich mich bei den Realschulverbänden bedanken, dass sie sich in das Thema der Bildungsreform in Baden-Württemberg einbringen. Diese stößt bei uns auch nicht auf Wohlgefallen. Aber es ist wichtig, dass wir ständig in Kontakt bleiben. Mit dem Süddeutschen Realschultag bringen die Verbände alle zwei Jahre ihr Wissen ein und geben bundesweit auch Signale auf Grundlage fachlicher Studien. Dann ist das ein sehr wichtiges Element dieser politischen Diskussion. Schulentwicklung ist etwas ganz Wichtiges, was wir auch als Stadt vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels im Auge behalten müssen.



Als Schulträger stehen wir vor großen infrastrukturellen Herausforderungen. Hier sei der Digitalpakt angesprochen, wo wir noch nicht auf der Höhe der Zeit sind. Wir kommen voran, aber wir haben noch nicht an allen Schulen gute Voraussetzungen. Es ist nicht damit getan, viel Geld von Berlin zu bekommen, man muss die Umsetzung vorantreiben. Bei der derzeitigen Auftragslage der Wirtschaft ist das nicht so einfach. Auch die Ganztagschule stellt uns hier wegen großer Baumaßnahmen auch im Realschulbereich vor Herausforderungen. Alle Maßnahmen sollen den pädagogischen Anforderungen der Zeit genügen. Da haben wir noch viel zu tun. Zudem haben wir im Gebäudebestand einen großen Sanierungsrückstau. Auch den gilt es aufzulösen und mutig voranzugehen.

Als Schulträger stehen wir vor großen infrastrukturellen Herausforderungen. Hier sei der Digitalpakt angesprochen, wo wir noch nicht auf der Höhe der Zeit sind. Wir kommen voran, aber wir haben noch nicht an allen Schulen gute Voraussetzungen. Es ist nicht damit getan, viel Geld von Berlin zu bekommen, man muss die Umsetzung vorantreiben. Bei der derzeitigen Auftragslage der Wirtschaft ist das nicht so einfach. Auch die Ganztagschule stellt uns hier wegen großer Baumaßnahmen auch im Realschulbereich vor Herausforderungen. Alle Maßnahmen sollen den pädagogischen Anforderungen der Zeit genügen. Da haben wir noch viel zu tun. Zudem haben wir im Gebäudebestand einen großen Sanierungsrückstau. Auch den gilt es aufzulösen und mutig voranzugehen.

Welche Rolle spielen die Realschulen in Ulm?

Die Realschule ist ein ganz wichtiger Bestandteil unseres Bildungsangebots. Drei Realschulen mit 1.600 Schülern befinden sich in unserer Trägerschaft. Zudem gibt es auch

freie Träger. Wir haben 25 Prozent Übertrittsquote. Gerade für unsere mittelständische Wirtschaft, für unsere Hidden Champions, sind die Realschulabsolventen, die nach einer guten Berufsausbildung als Fachkräfte zur Verfügung stehen, enorm wichtig. Hier stehen wir auch in unserer Region mit dem Fachkräftemangel vor einer großen Herausforderung. Ich kann das als für das Personal zuständiger Bürgermeister selbst beurteilen. Uns wird in den nächsten zehn Jahren ein Drittel der Kollegen in den Ruhestand verlassen. Wir glauben, dass es nicht mehr gelingen wird, diese alle vollständig nachzubersetzen. Deshalb müssen wir die Menschen an unseren Standort binden. ♦

3 Fragen an:

Verena von Hugo

INTERVIEW Alexander Georg | FOTO Moritz Reulein

**Die OeBiX-Studie zum Stand der ökonomischen Bildung in Deutschland stellt fest, dass elf von 16 Bundesländern beim Thema Wirtschaft noch nicht einmal die Hälfte der Anforderungen für ein Nebenfach Wirtschaft erfüllen. Warum ist das so?**

Weil sich seit 2015 nicht viel geändert hat. Damals ging das Zitat einer Schülerin viral: »Ich bin fast 18 und habe keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen, aber ich kann eine Gedichtsanalyse schreiben. In vier Sprachen.« Das hat einen Nerv getroffen. Auch gibt es etliche Studien, die belegen, dass sich Jugendliche mehr Wirtschafts- und Finanzbildung wünschen. Wir geraten aber weiter ins Hintertreffen. 2003 gab es eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Kultus- und Wirtschaftsministerkonferenzen, Verbände und Gewerkschaften, woraus Empfehlungen für ein Kerncurriculum Wirtschaft entstanden, die schulartübergreifend als Lehrplanvorlage für gute ökonomische Bildung dienen könnten. Aber sie ist in der Schublade gelandet. Auch die OECD betont die Wichtigkeit der ökonomischen Bildung, damit jeder für sich selbst vorsorgen kann.

In der OeBiX-Studie (www.oebix-studie.de), die das Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg im Auftrag der Flossbach von Storch Stiftung wissenschaftlich konzipiert und durchgeführt hat, bilden Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern die Top 3. Leider erreicht aber kein Bundesland die sechs Kontingentstunden eines »normalen Nebenfachs«, die als Maßstab für eine hinreichende Verankerung im Unterricht in den oben genannten Empfehlungen definiert wurden. Dass der Schule als geschütztem Raum eine wichtige Rolle für die Vermittlung von Wirtschaftswissen und ökonomischer Zusammenhänge zukommt, macht auch die Tatsache deutlich, dass es keine niedrigschwellige Angebote für Schülerinnen und Schüler zum Thema Wirtschaft außerhalb von Schule gibt, anders als beispielsweise für Sport oder Musik in städtischen Vereinen oder Angeboten der Volkshochschulen. Es entspricht dem Auftrag der allgemeinbildenden Schule, die Schülerinnen und Schüler auf das Leben nach der Schule vorzubereiten. Dazu gehört in unserer recht wirtschaftlich geprägten Welt eben auch das Vermitteln ökonomischer Bildung im Rahmen eines Nebenfachs – mit hinreichenden Kontingentstunden, einer substanziellen Verankerung in den Lehrplänen und einer fundierten Lehrkräftequalifizierung im Rahmen der Lehramtsstudiengänge Wirtschaft und von Fort- und Weiterbildungen. Doch leider fehlt genau das in allen Bundesländern. ♦

Was sind die Ziele des Bündnis ökonomische Bildung Deutschland (BÖB)?

Es geht darum, ökonomische Bildung verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler in einem hinreichenden Umfang an allen Schulformen und in allen Bundesländern zu verankern. Die Wirtschaftslehrkräfte sollen fundiert ausgebildet sein, da dies die Qualität des Unterrichts verbessert. Schüler sollen Bezüge zur Arbeitswelt erleben können. Wir fordern zudem eine nationale Strategie für ökonomische Bildung, die föderal abgestimmt und national relevant ist.

Unser Ziel für Schülerinnen und Schüler lautet, dass sie auch in ökonomischen Fragen Urteils-, Entscheidungs-, und Handlungskompetenzen entwickeln, um später ein selbstbestimmtes und mündiges Leben führen zu können. Das soll unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund geschehen. Deshalb fordern wir sechs Kontingentstunden, die aber bisher kein Bundesland erreicht.

Wie kam es zum Bündnis ökonomischer Bildung Deutschland?

2016 wurde in Nordrhein-Westfalen das Fach Wirtschaft in den Koalitionsvertrag geschrieben. Das war ein verheißungsvoller Auftakt. Mehrere Institutionen haben die Landesregierung konstruktiv beraten. Nach zwei Expertenrunden in diesem Kontext mit Vertretern von Lehrerverbänden, Wirtschaftsverbänden, Stiftungen und wissenschaftlichen Einrichtungen aus allen Bundesländern entstand die Idee der Verstetigung und der Konstituierung als Netzwerk von Netzwerken. 2019 gab es dann die Auftaktveranstaltung dieses Netzwerks. Wir wollten miteinander sprechen und nicht übereinander. Insbesondere wenn es um ökonomische Bildung geht, ist dies wichtig, werden doch vielfach der Vorwurf des Lobbyismus und die Furcht vor Manipulation laut. Das Ziel des BÖB ist die Stärkung der ökonomischen Bildung als Teil der Allgemeinbildung, die von allen getragen wird. In einer Studie zum Fach Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung in Baden-Württemberg konnte Prof. Dr. Günther Seeber von der Universität Koblenz-Landau nachweisen, dass das Fach Kompetenzen aufbaut und nicht Einstellungen verändert. Das ist eine wertvolle Erkenntnis, die helfen kann, Vorurteile gegen die ökonomische Bildung abzubauen.

Weitere Informationen zu BÖB lesen Sie unter: <https://boeb.net>
Jürgen Böhm ist Mitglied des Vorstands von BÖB.



INSA-Umfrage: Menschen in Bayern und Baden-Württemberg bescheinigen der Realschule Bestnoten bei der Vorbereitung auf das Berufsleben und erteilen Gesamt- und Gemeinschaftsschule eine klare Absage.



TEXT Alexander Georg | FOTO Moritz Reulein | GRAFIKEN INSA-CONSULERE GmbH

Realschule ist unverzichtbar in der Bildungslandschaft!

75 Prozent sehen im Realschulabschluss eine gute Grundlage für die Berufsausbildung.

In der bayerischen Bevölkerung ist die Realschule fest verankert. Die Eigenständigkeit der Realschule wird als unverzichtbar und Vielfalt der Bildungsangebote für die Fachkräfteausbildung als prägend angesehen.

65 Prozent loben die Talentförderung.

Über Talentförderung mussten wir vor zehn Jahren noch diskutieren – heute ist Talentförderung in der Realschule anerkannt. Talente



Zum 5. Süddeutschen Realschultag wurden durch das INSA-Institut im Auftrag des Bayerischen und Baden-Württembergischen Realschullehrerverbands jeweils 1.000 Erwachsene zur Realschule befragt. Die Ergebnisse für Bayern interpretiert der Landesvorsitzende Jürgen Böhm:

71 Prozent der bayerischen Befragten halten die Realschule für unverzichtbar.

In der bayerischen Bevölkerung ist die Realschule fest verankert. Die Eigenständigkeit der Realschule wird als unverzichtbar und Vielfalt der Bildungsangebote für die Fachkräfteausbildung als prägend angesehen.

gibt es an jeder Schulform. Seit Jahren gibt es an bayerischen Realschulen Talentklassen, die der brlv intensiv gefordert und mitbegleitet hat.

70 Prozent möchten klassische Schulnoten.

Bei den Schulnoten wird in der medialen Diskussion immer vermittelt: Die Menschen wollen gar keine Schulnoten mehr. Dann sollten sich die selbst ernannten »Bildungsexperten« dieses Ergebnis einmal anschauen: Natürlich wollen auch Schüler selbst Noten haben. Die sagen: Ich muss doch für meine Leistung bewertet werden und Rückmeldung bekommen.

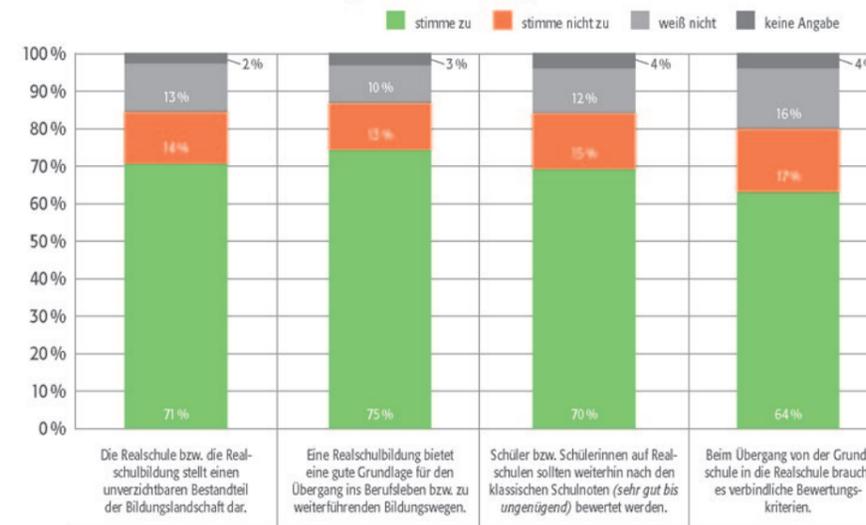
Zwei Drittel sprechen sich für eine verbindliche Übertrittsempfehlung aus.

Auch bei der verbindlichen Übertrittsempfehlung sehen wir eine Fehleinschätzung vieler Politiker. Zwei Drittel der Bevölkerung wollen das. Nur 17 Prozent sind dagegen. Natürlich ist das Übertrittsverfahren schwierig, weil es von einigen Eltern auch schwierig gemacht wird. Die Möglichkeiten zu wechseln und die Durchlässigkeit enden auch nicht nach der vierten Klasse – das kann man in Bayern ständig. Wir brauchen diese klaren Leistungskriterien und die Begriffe wie »abschulen«, »oben« oder »unten« lehnen wir in Verbindung mit Schule ab. Jeder Schüler kann seinen individuellen Bildungsweg gehen.

Nur jeder Zweite sieht die akademische und berufliche Bildung als gleichwertig an.

Hier eröffnet sich für uns ein wichtiges Tätigkeitsfeld. Es stellt sich heraus, dass die Aussage, die Bildung sei gleichwertig, oft nur den Charakter von Sonntagsreden hat. Solange Politiker sagen: »Der muss runter vom Gymnasium an die Realschule, der muss ja arbeiten, der Arme hat ja kein Abitur«, solange wird sich diese Sichtweise nicht verändern. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, aber kein Problem der Realschulbildung. Es stellt sich schon die Frage, ob wir immer exotischere Studiengänge brauchen, wenn wir bald keine Heizungsmonteur mehr haben.

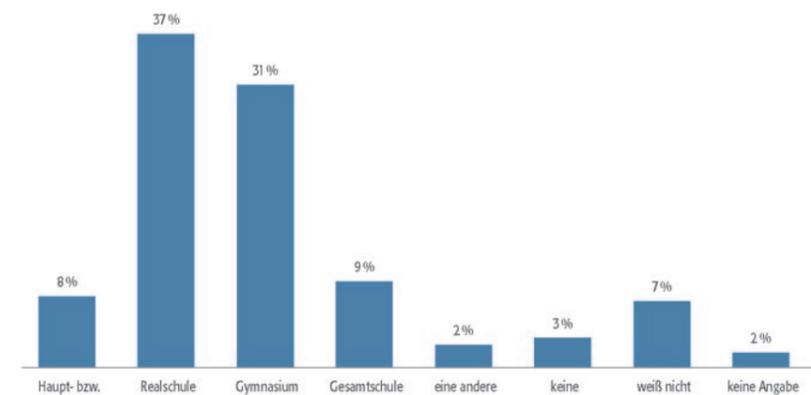
Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?



Grundsätzlich stimmten die Befragten allen Aussagen mehrheitlich zu (zwischen 50 und 75 %). Am meisten Zustimmung bekamen die folgenden Aussagen:

- Realschulbildung bietet eine **gute Grundlage für den Übergang ins Berufsleben** (75 %).
- Realschule ist **unverzichtbar in der Bildungslandschaft** (71 %).
- Realschüler sollte man **auch in Zukunft mit den klassischen Schulnoten** bewerten (70 %).

Welche der folgenden Schularten ermöglicht es Schülerinnen und Schülern Ihrer Meinung nach am besten, sich auf ihren späteren Werdegang vorzubereiten?



37% der Befragten glauben, dass die Realschule für Schülerinnen und Schüler die besten Möglichkeiten bietet, sich auf den späteren beruflichen Werdegang vorzubereiten. 31% sehen hier das Gymnasium am besten geeignet. Auf die Gesamtschule setzen lediglich 9% und auf die Haupt- bzw. Volksschule 8% der Befragten.

82 Prozent der Anhänger der Freien Wähler, 80 Prozent der CSU halten die Realschule für unverzichtbar.

Die großen Fans der Realschule sitzen in Bayern bei den Wählern der Freien Wähler und der CSU. Das sind sehr hohe Zustimmungswerte. Die größten »Skeptiker« finden sich bei den Anhängern der Grünen. Das gilt auch für die Wähler der FDP. Dort sind es

»nur« 71 Prozent, obwohl die Anhänger der FDP den Mittelstand repräsentieren. Insgesamt stehen deutlich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung eindeutig und fest zur Realschule, als unverzichtbaren Bestandteil der Bildungslandschaft! ♦

Erneut erteilt eine repräsentative Bürgerbefragung der Gemeinschaftsschule eine deutliche Absage und bekräftigt die Notwendigkeit eigenständiger Schularten mit klarem Bildungsprofil.

Ingrid Ritt, Vorsitzende der Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen e. V.



Das Erfurter Meinungsforschungsinstitut INSA hat eine repräsentative Studie zur Realschule und Realschulbildung in Bayern und Baden-Württemberg erstellt. In Auftrag gegeben hatten diese: der brlv, der Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV-BW) und die Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen e. V. (3 x MEHR). Vom 4. bis 11. Oktober 2021 wurden jeweils 1.000 Personen ab 18 Jahren aus Bayern sowie Baden-Württemberg befragt. Die Ergebnisse wurden erstmals beim 5. Süddeutschen Realschultag am 28. Oktober in Ulm präsentiert.

Sie finden hier die Ergebnisse für Bayern: www.briv.de/media/media/INSA_Studie_Bayern_2710.pdf

und hier für Baden-Württemberg: www.briv.de/media/media/INSA_Studie_Baden_Wuerttemberg_2710.pdf



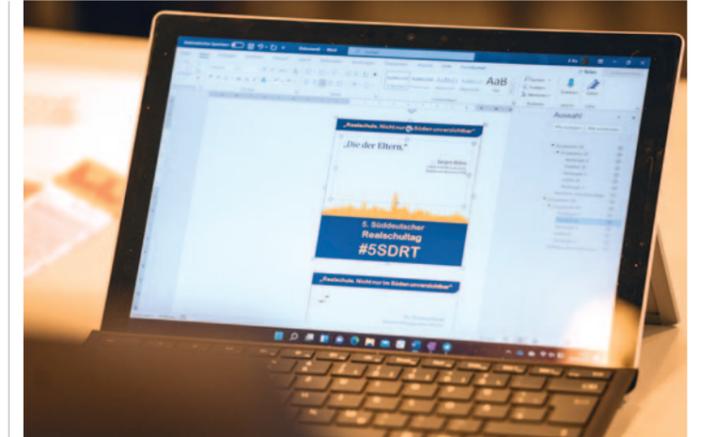
Die Veranstaltung begann mit einem Feuerwehreinsatz, aber zum Glück nur Fehllarm! Die Teilnehmer durften nach wenigen Minuten wieder zur Tagung zurück.



Jürgen Böhm (brlv-Vorsitzender) im Gespräch mit Theresa Schopper (Bildungsministerin von Baden-Württemberg)



Stv. brlv-Vorsitzender Thomas Dachs (r.) und brlv-Ehrenvorsitzender Anton Huber (l.)



Stv. brlv-Vorsitzende Julia Firsching

brlv Impressionen

FOTOS Moritz Reulein, Tina Horneff, Stephanie Neumeier

zum 5. Süddeutschen Realschultag in der IHK Ulm



brlv-Schriftführerin Heidi Schreiber und Ulrich Babl (stv. brlv-Vorsitzender)



Konrad Huber (l.) und Adolf Schicker (r.) aus der Realschulabteilung des Kultusministeriums waren auch nach Ulm gekommen.



Beim Einlass: Jörg Leinberger (Vorsitzender des VDL Hessen, l.) mit Tanja Heger (brlv-Vorsitzende) und Dominik Fußmann (brlv-Referat Rechtsschutz)



Freuten sich über eine gelungene Veranstaltung (v.l.): Dr. Thomas Frank (IHK Ulm), Martina Doleghs (IHK Ulm), Dr. Karin Broszat (RLV-BW-Vorsitzende) und Jürgen Böhm (brlv-Vorsitzender).



Auch Dr. Hans-Peter Kempf, der viele Jahre das brlv-Referat Führungskräfte leitete, war vor Ort.